

Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt-Sorauerdruckerei

(Sorauer Wochenblatt)

Freisprecher Nummer 22 und 37

Volldruck-Rente: Nr. 354 Berlin N.W. 7

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Giro-Konto bei der Reichsbank

Ercheinungsgewisse (frei-leibend): Täglich mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage. — Bezugspreis für 3—12. Dlt. 1923: In Sorau in den Ausgabenstellen 20.000.000 M., ins Haus gebracht 20.000.000 M., auf dem Lande in den Ausgabenstellen 20.000.000 M., ins Haus gebracht 20.000.000 M., mehr, durch die Post bezogen monatlich (frei-lieb.) 26.400.000 M. einjährl. Beleggeld. — Wohnorten, nur in der Geschäftsstelle Lindenstraße 2: 20.000.000 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeits-einstellung oder Auslieferung hat der Bezog. kein Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Unzeigenpreise mal Schlüsselzahl 40000: Die 9 gepaltene Kolonelle für Stadt u. Kreis Sorau je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Geluche und Angebote) Nr. 8, alle anderen Anzeigen Nr. 12, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Geluche und Angebote) Nr. 16, alle anderen Anzeigen Nr. 24. Im Restmeteil die 4 gepaltene Kolonelle je Millimeterhöhe Nr. 30, auswärts Nr. 60. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Abdruck nach jedem Blatt, nur gültig bei sofortiger Bezahlung; bei späterer Zahlung, bei Konturufen und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf Beibehaltung.

Nummer 237

Mittwoch, den 10. Oktober 1923

113. Jahrgang

Die Besprechung der Regierungserklärung.

Die Parteien zur Kanzlerrede. — Vertrauensvotum für die Regierung.

Die Montagsführung des Reichstags endete nach mehr als zwölfstündiger Dauer damit, daß am Dienstag früh — Mitternacht war schon vorüber — das erneuerte Kabinett Stresemann ein Vertrauensvotum des Reichstags erhielt. Die Aussprache über die Regierungserklärung war lang und teilweise recht erregt.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 8. Oktober.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Stresemann, Innenminister Solmann, Wehrminister Dr. Geßler.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Nach einer halbständigen Geschäftsordnungs-aussprache wird auf kommunalistischen Antrag beizugehen, das Ermächtigungsgesetz vorläufig noch von der Tagesordnung abzulehnen, da es dem Hause noch nicht vorliegt, weil es eben erst den Reichsrat beschäftigt hat. Ein weiterer kommunalistischer Antrag, der sich gegen das Verbot der kommunalistischen Presse in Bayern richtet, wird mit der politischen Aussprache verbunden. Die verschiedenen Steueranträge der Parteien, u. a. zu Gunsten des gewerblichen Mittelstandes, sollen auf Antrag Wiemer (Dnat.) später gemeinsam behandelt werden.

Die Aussprache

über die Regierungserklärung

wurde von dem Sozialdemokraten

Abg. Breitfeld

eröffnet, der u. a. ausführt: Wir billigen die Aufgabe des passiven Widerstandes auch heute noch, obwohl seine Durchführung auch noch außer Acht gelassen und notwendig war. Der vorliegende Vertrag erfolgte Einbruch Frankreichs und Belgiens ein Akt der Notwehr. Der passive Widerstand sollte die Aufmerksamkeit der Welt auf die Leiden Deutschlands lenken und bei den Verhandlungen mit den Alliierten ein hartes moralisches Gewicht bilden. Der Reichstanzler hat mit Recht angegeben, es wäre besser gewesen, den passiven Widerstand abbrechen, als er in den Augen der Welt noch etwas bedeutete. England hat in der Praxis für Deutschland vollkommen verfallen. Von deutscher Seite ist es geschehen, was geschehen konnte. Poinecaré hat jedoch immer neue Vorwände und will Zeit gewinnen, damit das Chaos in Deutschland immer weiter um sich greift. Demgegenüber erklären wir mit aller Schärfe, daß die Rheinlande deutsches Land sind und deutsches Land bleiben. Poinecarés Politik führt zu einer fortgesetzten Verwundung Europas und zur Verletzung der nationalpolitischen Werte in Deutschland. Wenn Poinecaré seine Politik weiter betreibt, wird er der Zerörer Europas. Wir verlangen, daß die Regierung nichts unversucht läßt, um zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen. Bei Besprechung des innerpolitischen Programms der Reichsregierung forderte Breitfeld ein Kontrollrecht des Reichstags, damit die Bestimmungen ihm sofort bekanntgegeben bzw. von ihm außer Kraft gesetzt werden können. Die Gewerkschaften seien bereit, für eine Produktionsvermehrung durch eine Verlängerung der Arbeitszeit da einzutreten, wo es notwendig ist. Den Aktiventagen werde man nicht antworten lassen. Er sei nur in die Debatte geworfen worden, um die Sozialdemokratie aus der Regierung zu drängen.

Abg. Dr. Wolf (Zentrum)

führte u. a. aus: Durch das Ermächtigungsgesetz dürfe sich das Parlament nicht auskaufen. In der Währungsfrage richte er namens seiner Partei an die Regierung die dringende Bitte, sofort auf eine energiegeliche Lösung des Problems hinzuwirken. Eine feste Währung könne erst erreicht werden, wenn die deutsche Wirtschaft wieder leistungsfähiger geworden sei. Die Forderungen des Reichstanzlers über die Notwendigkeit der Währungsreform des passiven Widerstandes fanden bei seiner Partei volle Zustimmung. Das Zentrum und rechts nicht auf die Rivalität unter den Alliierten, denn die Gegenstände unter den Sieger würden immer auf den Rücken der Besiegten ausgegossen. Die Rheinländer seien keine Deutsche und

würden es bleiben. Nach Vorkündigung der separatistischen Gefahr müsse sich Deutschland auch gegen die andere Gefahr, der Internationalisierung des Rheinlandes nach dem Muster des Saargebietes, wehren.

Abg. Graf Westarp (Dn.)

erklärt, er müsse die große Koalition mit einem anderen Wort begründen als der Vorkenner: Nicht Ihr Euch wieder, schwandende Gestalten! (Heiterkeit.) Traußen vor den Toren steht der Feind, und hier wird tagelang über die Zusammenstellung der Regierung verhandelt. Sohn und Spott, Scham und Empörung haben diese Zustände hervorgerufen. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Der Parlamentarismus hat verlernt. Lange wird die große Koalition nicht halten, solche Sätze wie die letzten bleiben nicht ohne tiefe Wirkung. Sie wird weiterhin an der Frage, wie lange man Frankreichs Vorhölzer noch nachgeben soll. In Deutschland kann nur gegen die Sozialdemokratie regiert werden. Wir verlangen und fordern

die Loslösung der Regierung von der Sozialdemokratie.

aus dem Marxismus (Unruhe bei den Soz.) Wir stehen mit rückhaltloser Opposition zur Regierung. Die Ausführung parlamentarischer Befugnisse einer Regierung darf nur in den Händen des Militärbefehlshabers liegen. Einer Regierung der großen Koalition können wir solche Befugnisse aber nicht zubilligen. Der Redner wendet sich gegen eine Gewaltspolitik gegenüber Bayern und spricht Herrn von Raab volles Vertrauen aus. (Lachen bei den Soz.) Dr. Hildebrand habe vollkommen verfallen. Jetzt bestehe die große Gefahr, daß infolge dieses Mangels das Volk verunglückt bei vollen Scheitern. (Groß: Unruhe und klägliches Jurahe bei den Soz.) Die Gefahr besteht latetisch, wenn nicht unverzüglich das Zahlungsmittel geschaffen wird, mit dem die Ernte der Bevölkerung zugewehrt werden kann. Bedauerlich ist die Herausnahme der dringenden notwendigen Aufhebung des Aktiventages aus dem Ermächtigungsgesetz. Das unerhörte Zerwürf des Parlamentarismus liegt in dem Artikel des Ermächtigungsgesetzes, wonach das Gesetz bei einer Veränderung der parlamentarischen Zusammenstellung der Regierung außer Kraft treten soll. Wir können dieses Gesetz nicht zustimmen. Der Redner behauptet, daß mit dem Regierungsentwurf Dr. Stresemanns bei den Verhandlungen abgegriffen wurde. Der rheinische Beamtenrat müsse für ihr heldenmütiges Usharren größte Bewunderung gesollt werden. (Beif.) Der passive Widerstand mübe zum aktiven werden. Die Sabotageakte waren die berechtigten Notwehr eines vergewaltigten Volkes und nationale Pflicht. (Zuruf bei den Soz.: Sie treiben Maximalität Unruhe.) Die Sozialdemokratie haben die Einheitsfront an der Ruhr zerstückt. (Lärm bei den Soz.) Mit dem unvermeidlichen Abbruch des passiven Widerstandes müchten auch alle diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien abgebrochen und der vertraglose Zustand hergestellt werden. Der Abbruch des Widerstandes wird nicht zur Sanierung unserer Finanzen führen. Die einzige Tat der großen Koalition war die Aufgabe des passiven Widerstandes. (Heißer Zuruf Dr. Stresemann: Sie haben ja selbst gesagt, daß der passive Widerstand nicht länger durchzuführen werden konnte!) Gewiß, aber unter anderen Bedingungen. Wir wollen den Abbruch der Beziehungen zu Frankreich und Belgien mit allen Konsequenzen. (Lärmende Zurufe bei den Soz.) Wer darauf verzichtet, der verleidet Gewalt Gewalt entgegenzusetzen, der verleidet sich um Rhein und Ruhr. Wir lehnen es ab, die feindliche Gewalt durch ein feige Unterwürfigkeit zu begegnen. (Beifall und Handklatschen bei den Deutschnationalen. Rufen und Lärm links.)

Reichstanzler Dr. Stresemann

bedauert, daß in der heutigen Zeit des unpopulärsten Druckes eine Rede mit so parteipolitischen Einschlag gehalten wurde. Wenn Graf Westarp von Scham und Empörung spricht, so lag es doch gerade bei den Deutschnationalen, die Kräfte zu vermeiden. Statt dessen haben sie noch in das Feuer hineingeworfen. (Unruhe rechts, Beif. b. d. Mehrh.)

Es ist bedenklich, wenn Graf Westarp die Hoffnung auf einen Zerfall der Großen Koalition ausdrückt. Ein nationaler Mann mühte doch hoffen, daß wir in dieser ersten Zeit endlich zur Ruhe kommen. Sie (nach rechts) sind in Opposition getreten zu denselben Steuern, die Sie selbst bewilligt haben. Sie haben eben dem Kabinett Cuno die Steuern bewilligt und nicht dem deutschen Vaterland. Sie müssen sich endlich daran gewöhnen, den Staat als Träger des Vertrauens anzusehen und nicht jenseitige Regierungskoalition.

Von einer marxistischen Vorherrschaft im Kabinett will ich nicht gesprochen werden. Das beweist schon die Stellungnahme des sozialdemokratischen Bezirksparlamentes der großen Koalition. Der Gegenhalt zwischen Politik und Staatsmannschaft beginnt da, wo man auch Unpopularität auf sich nimmt um des größeren Zweckes willen. (Beif.) Darum haben alle Parteien bei der Bildung der großen Koalition Opfer gebracht. (Abg. Schulz-Bromberg (Dn.): Immer mitzungen! Sie tanzen ja so gern mit, wenn Sie nur eingeladen würden. (Große Heiterkeit.) Wie soll denn die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das Ermächtigungsgesetz zusammenkommen, wenn gegen die Sozialdemokratie regiert wird? (Zuruf des Abg. Graf Westarp: Reichstag auslösen!) Glauben Sie nicht, daß es besser ist, unter den heutigen Verhältnissen diesen Kampf zu vermeiden, wenn es möglich ist?

Mit dem passiven Widerstand haben wir keineswegs den Kampf für den Rhein aufgegeben.

Diesen Kampf können wir nur führen mit einheitlichem nationalem Idealismus, nicht mit einem Rechts- oder Unrechtseinheitlichem nationalem Idealismus auch fraktionell Opfer zu bringen, das ist wirtschaftlich national. (Beif.) Unüberhörlich bedauerlich sind die fatalistischen Worte des Grafen Westarp über das deutsche Völkergeld. (Widerpruch b. d. Dnt.) Wir müssen vom ganzen deutschen Volke verlangen, daß es sich mit Papiergeld begnügen läßt, sonst haben wir das Chaos. Die deutschen Beamten, Arbeiter und Kleinrentner nehmen das Papiergeld. Da gibt die schwierigste Lage der Landwirtschaft niemandem das Recht, die Parole zur Zurückweisung des deutschen Papiergeldes hinauszuschleudern. (Beif.) Zustimmung bei der Mehrheit. Klarm. Widerspruch bei den Dnt.) In der Währungsfrage hat die Regierung mit großem Eifer gearbeitet. Es war aber vielleicht ein Fehler, zu viele Sachverhalte zu hören, die sich selbst nicht einig waren. Auf die Fragen nach der

Saltung Englands im Ruhrkampf

zann ich mitteilen, daß Lord Curzon in seiner Rede sagte, es sei von der deutschen Regierung nicht gewollt, daß sie den Entschluß zum Abbruch des passiven Widerstandes nicht drei Monate früher gefaßt habe. Von englischer Seite ist schon vor mehreren Monaten dem Kabinett Cuno mitgeteilt worden: Wenn Sie für den Abbruch des passiven Widerstandes Gesetzentwürfe erlassen wollen, dann tun Sie es bald, sonst werden Sie nicht mehr Gelegenheit haben, dafür irgend etwas zu erhalten. (Sört, hört! b. d. Mehrh.) Der Rufus beim Abbruch des passiven Widerstandes hat die einstimmige Zustimmung aller Ministerpräsidenten gefunden.

Wenn Graf Westarp verlangt, wir sollen den Verkaufvertrag für nichtig erklären, so überzieht er, daß dieser Vertrag gegenüber der seitdem betriebenen Gewaltpolitik einen gewissen Schuß für Deutschland bedeutet. Der Kampf um den Rhein geht weiter. Wollen wir ihn erfolgreich führen, so schaffen Sie die Voraussetzungen, daß er durch ein geeinigtes deutsches Volk geführt wird. (Beif., Beifall und Sänderklatschen im Saal und auf den Tribünen. — Präsident Lobe unterlegt Rundgebungen auf den Tribünen.)

Abg. Dr. Schulz (Dn.)

erklärt, daß der Legende vom „Dolschhof“ der Deutschen Volkspartei gegen die große Koalition ein Ende gemacht werden müsse. Die Deutsche Volkspartei hat lediglich in dieser ersten Zeit alle Parteien zu einer Einigung

aufgerufen. Die Aufgabe des passiven Widerstandes hat die deutsche Volkspartei auf schwerste belastet. Sie ist nicht gleichbedeutend mit Kapitulation. Der Redner dankt der Regierung für ihre Entschlossenheit und das Verantwortungsgewußt, mit dem sie die unheilbaren Zustände vor dem Zusammenbruch beendet hat. Die Verhängung des Ausnahmezustandes sowohl in Bayern wie im Reich sei notwendig gewesen. Die Staatsautorität müde auch in Sachsen und Thüringen wieder hergestellt werden. (Großer, minutenlanges Lärm links.) Ohne Erhöhung der Produktion ist eine Genbung nicht möglich. Bei uns wird jetzt mehr englische als deutsche Kohle verbraucht. Alle Kräfte müssen zur Hebung der Arbeitsintensität beielet werden. Der Beamtenrat darf nicht die Befähigung der Beamtenrechte bringen. Stärkste Steuerleistungen sind notwendig. Auch der Hungerhand muß wieder frei werden. Für das Ernährungsmaterialium brauchen wir einen praktischen Mann aus der Landwirtschaft. Gemeinsam mit der Regierung wollen wir unser Volk wieder zurückführen zu Ordnung und Sparsamkeit. (Beifall.)

Abg. Koch-Weber (Dem.)

begrüßt die Wiederkehr der Koalition. In der auswärtigen Politik hat der Reichskanzler das Beweisen, was Bismarck Zivilcourant nannte. Die Aufgabe des passiven Widerstandes war geboten, da das Instrument unbrauchbar geworden war.

Abg. Reich (Vob. Volksp.)

verteidigt die Verhängung des Ausnahmezustandes in Bayern. Er richtet an alle Regierungen und Parteien die Mahnung und die Bitte, die durch das Nebeneinanderbestehen beider Verordnungen gegebenen Konfliktmöglichkeiten auf ein Minimum zu beschränken.

Von den Regierungsparteien ist folgendes Vertrauensvotum

eingegangen: Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.

Abg. Heumelle (Komm.)

erklärt, wenn früher Parlamente durch eine Militärdiktatur gesprengt wurden, so wehrten sie sich weitens. Die weisen Generale des Dr. Geßler aber hätten dem Parlamentarismus nur die seltene Schür geistigt und dieser Reichstag hänge sich daran auf. Das sei der Sinn des Ermächtigungsgesetzes.

Abg. Müller-Franken (Soz.)

bringt zur barenischen Frage folgenden Antrag ein: „Der Reichstag billigt die Reichsaussprache der Reichsregierung über die banerische Ausnahmeordnung und erwartet, daß die Reichsregierung baldigt eine Klärung herbeiführt.“

Abg. b. Graefe (Dnt.)

hebt hervor, daß seine Freunde stets die Notwendigkeit eines starken nationalen Willens beim Ruhrkampf betont hätten. Bei den Sabotageakten sei dieser zum Ausdruck gekommen. Die Festhaltung des Ruhrkampfes sei ein Schand. Die Diktatur solle nur eine Rettung für die bankrotte Regierung sein. An der nationalen Erhebung unseres Volkes sei nicht zu zweifeln. Es müsse jetzt durch Auflösung des Reichstages an das Volk appelliert werden.

Innenminister Solmann

geht auf die blutigen Vorgänge in Düsseldorf aus. Anlaß der Sonderberichterstattung ein. Der französische Ministerpräsident habe es für zweckmäßig gehalten, die Hochverräter in Schutz zu nehmen und die deutschen Polizeibeamten eines Gemetels und eines Mißbrauches zu beschuldigen. Der Minister legt namens der Reichsregierung gegen eine derartige Verleumdung deutscher Beamter scharfe Verwarnung ein. (Lebhafter Beifall.) Die Sonderbündler begingen eine Tat, die von Rechts wegen hinter Schloß und Riegel zu bühnen hätten. Der Minister verliest den amtlichen Bericht über die Vorgänge und dankt der Bevölkerung für ihre nationale Haltung. (Beifall.)

Reichswehrminister Dr. Geßler

bezeichnet die Vorgänge in Aßtrln als eine Komödie, und spricht der Reichswehr seinen Dank aus. Er werde die ihm anver-